

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Lienhard	<p>Beispiel: A. ist Schüler im 10. Schuljahr an einem Gymnasium. Während einen Skilager befuhr er zweimal verbotene Pisten und störte die Nachtruhe. Dies führte zu einem Verweis. Später trank er in einem anderen Schullager Alkohol. Darauf erhielt er von der Schulkommission einen Brief, mit welchem ihm die Wegweisung vom Gymnasium angedroht wurde.</p> <p>In welchem Rechtsgebiet befinden wir uns?</p> <p>Was ist die Rechtsgrundlage für die Androhung der Wegweisung?</p> <p>Was ist die Androhung der Wegweisung formalrechtlich?</p> <p>Warum denken Sie, ist das VwVG anwendbar?</p> <p>Also prüfen Sie, ob eine Verfügung vorliegt.</p> <p>Wenn eine Verfügung vorliegt, wie wäre diese anzufechten?</p> <p>Liegt ein „besonders schwerer Fall“ gemäss Art. 44 Abs. 4 vor?</p> <p>Wie gehen sie bei Auslegung vor?</p>	<p>Bildungsrecht, Mittelschulgesetz des Kantons Bern.</p> <p>Art. 44 Abs. 4 Mittelschulgesetz</p> <p>Prüfen ob Verfügung. Art. 52 VRPG formell und Art. 5 VwVG materiell.</p> <p>Das VwVG sei nur sinngemäss anwendbar, weil das VRPG den materiellen Verfügungsbegriff nicht regle.</p> <p>Es liegt eine Anordnung einer Behörde (Schulkommission) vor. Es handelt sich um einen Einzelfall (individuell konkret). Fraglich ob der Brief ein Rechtsverhältnis regelt. Eigentlich sie noch nichts passiert, erst angedroht.</p> <p>Gemäss Spezialgesetz: 1. Instanz die Erziehungsdirektion, 2. Instanz des Bundesverwaltungsgericht.</p> <p>Zuerst prüfen ob Begriffserklärung im Erlass. Scheint nicht der Fall zu sein, also Auslegung.</p> <p><u>Systematisch</u>: Wie ist Gesetz aufgebaut, gibt es allenfalls eine Abstufung beim Fehlverhalten. Art. 44 MiSG nennt erst fehlbar, danach wiederholte schwere Verstösse, erst dann den besonders schweren Fall.</p> <p><u>Historisch</u>: Vortrag des Regierungsrates zum MiSG lesen, um Hintergrund zu erfahren.</p>

Datum: 16.12.2016 Uhrzeit: 13.30 – 14.50 Zimmernummer: 7

			<u>Teleologisch</u> : Geordneter Schulbetrieb muss aufrechterhalten werden. Wenn Schüler dies verhindert ist Handeln der Schulkommission angezeigt.
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Bähler J.	Sie sind Anwalt. Frau Muster kommt zu Ihnen und erzählt, sie sei von ihrem Ehemann unter Gewaltandrohung zu sexuellen Handlungen gezwungen worden. Was raten Sie ihr?	Sie solle ein Strafanzeige bei der Polizei machen.
		Was ist sonst noch wichtig? Hinsichtlich Beweissicherung?	Sie solle sofort ins Spital und eine Körperuntersuchung (insbesondere gynäkologische Untersuchung) durchführen lassen.
		Welche Zwangsmassnahmen sollten geprüft und allenfalls angewendet werden?	Art. 251 StPO, Untersuchung von Personen.
		Kann Frau Muster zur Untersuchung gezwungen werden?	Wenn Delikt gemäss Art. 251 Abs. 4 StPO, muss Untersuchung durchgeführt werden. Art. 190/191 StGB (Vergewaltigung/Schändung) gehören dazu.
		Weitere Zwangsmassnahmen?	Hausdurchsuchung, Beschlagnahmen
		Wie lange hat Frau Muster Zeit, sich als Privatklägerin zu konstituieren?	Gemäss Art. 118 Abs. 3 StPO bis zum Abschluss des Vorverfahrens.
		Wenn Frau Muster die Klage zurückziehen würde, kann sie darauf zurückkommen?	Ja, gemäss Art. 122 Abs. 4 StPO
		Wenn Frau Muster im Prozess nur Zeugin und nicht Privatklägerin ist, darf sie Aussage verweigern?	Ja, da sie Ehegattin ist, und ebenfalls, da sie Opfer einer Sexualstraftat ist.
		Die Mutter von Frau Muster wird vorgeladen. Darf sie die Aussage verweigern?	Art. 168 StPO. Schwiegermutter des Beschuldigten darf gemäss Art. 168 Abs. 1 lit. c das Zeugnis verweigern. Zeugnisverweigerungsrecht entfällt aber gemäss Art. 168 Abs. 4.
		Beschuldigter will bei Einvernahmen von Frau Muster dabei sein. Frau Muster will das nicht. Möglichkeiten?	Prinzipiell besteht Fragerecht des Beschuldigten. Das Opfer hat aber gemäss Art. 117 Abs. 1 lit. c das Recht auf Schutzmassnahmen gemäss Art. 152 – 154 StPO. Art. 152 Abs. 3 StPO und Art. 153 Abs. 2 besagen, dass Begegnung von Opfer mit Täter zu vermeiden ist, wenn Opfer dies wünscht. Alternative wäre zu suchen, z.B. Fragen des Beschuldigten schriftlich einreichen oder Videoübertragung.

Datum: 16.12.2016

Uhrzeit: 13.30 – 14.50

Zimmernummer: 7

		<p>Wann ist Erlass eines Strafbefehls möglich?</p> <p>Wann muss Sachverhalt dargelegt werden?</p> <p>Was muss bei der Zusammensetzung des Gerichts beachtet werden?</p> <p>Ist ein abgekürztes Verfahren möglich?</p> <p>Kann die beschuldigte Person seine Rechte selber wahrnehmen?</p> <p>Kann Staatsanwaltschaft auf Auftritt vor Gericht verzichten?</p>	<p>Strafbefehlsverfahren gemäss Art. 352 ff StPO. Im Beispiel nicht möglich, da Vergewaltigung mit einer für Strafbefehlsverfahren zu hohen Strafe bedroht ist.</p> <p>Erhebung der Anklage gemäss Art. 9 StPO nur möglich, wenn genau umschriebener Sachverhalt (Akkusationsprinzip)</p> <p>Art. 335 Abs. 4 StPO. Mindestens eine Person des gleichen Geschlechts auf Antrag.</p> <p>Wenn Art. 358 StPO erfüllt, kann dies die beschuldigte Person verlangen.</p> <p>Notwendige Verteidigung in den Fällen gemäss Art. 130 StPO. So auch zum Beispiel beim abgekürzten Verfahren gemäss lit. e.</p> <p>Wenn sie Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr beantragt, muss sie persönlich erscheinen.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Güngerich	<p>Examinator legt folgenden Sachverhalt schriftlich vor:</p> <p>„Der Bauherr B klagt gegen die Unternehmerin B-AG wegen Baumängeln mit folgenden Rechtsbegehren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es sei die Beklagte zu verurteilen, Putzablösungen, sowie durch eindringende Feuchtigkeit verursachte Putzschäden im Bereich der Fensterzargen an der Nordfassade des Gebäudes ... zu beseitigen, unter der Androhung der Ersatzvornahme durch den Kläger und unter Bevorschussung der dafür notwendigen, nach Durchführung des Beweisverfahrens zu beziffernden, Kosten im Unterlassungsfall. 2. Unter Kosten- und Entschädigungsfolgen.“ <p>Welches Gericht ist zuständig?</p> <p>Kann Klage direkt beim Gericht eingereicht werden?</p> <p>Prüfen Sie die Klage weiter. Ist sie in Ordnung?</p> <p>Bezüglich der Rechtsbegehren. Sind diese in Ordnung?</p>	<p>Prüfen gemäss Art. 6 ZPO ob Handelsgericht zuständig. Beklagte Partei im Handelsregister, so also zumindest Wahlrecht der klagenden Partei. Klage beim Handelsgericht also zulässig. Örtliche Zuständigkeit damit unproblematisch, da nur ein Handelsgericht im Kanton Bern.</p> <p>Ja, Schlichtungsverfahren entfällt bei Zuständigkeit des Handelsgerichts.</p> <p>Prüfe die Prozessvoraussetzungen gemäss Art. 59 ZPO. Es handelt sich um eine Leistungsklage, das schutzwürdige Interesse ist somit per se gegeben. Kein weiteres Problem fällt auf. Eingabe formell Prüfen gemäss Art. 130 ZPO. Kein Problem fällt auf.</p> <p>Das erste Rechtsbegehren enthält ein Eventualbegehren, welches problematisch ist, da eine Bevorschussung verlangt wird.</p>

Datum: 16.12.2016

Uhrzeit: 13.30 – 14.50

Zimmernummer: 7

Bevorschussung ist in diesem Fall gemäss BGer
zulässig. Was könnte das Problem sein bei der
Formulierung?

-

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	Was verstehen Sie unter dem Begriff Eigenmietwertbesteuerung?	Versteuerung von unbeweglichem Vermögen, Art. 21 Abs. 1 lit. b DBG
		Was ist das Steuerobjekt	Die Liegenschaft, der mögliche Ertrag daraus
		Der Verzicht auf Einkommen wird besteuert?	Ja, weil Ertrag aus Vermietung besteuert würde.
		Was wäre, wenn die Bestimmung nicht im Gesetz wäre?	Ob trotzdem Steuern anfallen würden? Nein, da nach dem Grundsatz von Art. 16 Abs. 1 DBG nur steuerbar ist, was wirklich zufließt. (Reinertragstheorie)
		Sind mit der steuerlichen Erfassung des Eigengebrauchs auch Abzüge verbunden?	Ja, die Unterhaltskosten, geregelt in Art. 32 Abs. 2 DBG.
		Gibt es noch weitere typische Abzüge?	Schuldzinsen der Hypothek, Art. 33 DBG.
		Was ist mit Unterhaltskosten gemeint?	Reparatur und Instandstellung. Detaillierter in der Verordnung über die Unterhalts-, Betriebs- und Verwaltungskosten von Grundstücken (VUBV) des Kantons Bern.
		Es wird regelmässig über Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung diskutiert. Was müsste geändert werden, diese abgeschafft würde?	Die genannten Abzüge dürften ebenfalls nicht mehr zugelassen werden und die Mieter müssten ebenfalls bessergestellt werden.
		Wer würde von der Abschaffung profitieren?	Die mit neuen Liegenschaften, da die Abzüge tiefer sind und der amtliche Wert höher.
		Frau X kommt zu Ihnen. Sie möchte ein Haus für CHF 400'000 kaufen und dieses für 300'000 renovieren. Was ist aus steuerlicher Sicht zu beachten?	Wenn die Renovation werterhalten und somit abzugsfähig ist, ist es problematisch wenn alle Abzüge im selben Jahr gemacht werden, da die Abzüge wohl höher wären als das Einkommen. Abzüge sind seit Aufhebung der Dumontpraxis voll abzugsfähig.
		Sie erwähnen die Dumontpraxis. Wie sah die Situation unter Anwendung dieser aus?	War bis 2009 anwendbar. Wenn Liegenschaft gekauft wurde, wurden Abzüge in den ersten Jahren nicht voll zum Abzug zugelassen.

Datum: 16.12.2016

Uhrzeit: 13.30 – 14.50

Zimmernummer: 7

Können Sie sich eine Situation vorstellen, wo die Steuerbehörden die Renovation als wertvermehrend einstufen?

Auf Stufe Kanton bei der Grundstücksgewinnsteuer gemäss Art. 137 StG.